2. Das Handeln nach §176 besteht in einem bestimmten Tun oder Unterlassen gegenüber dem staatlichen Finanzorgan. Der Täter muß bei dem Finanzorgan die Vorstellung bewirkt haben, daß die von ihm zu entrichtenden Steuern und Abgaben usw. richtig abgeführt werden, während sie in Wirklichkeit zu niedrig geleistet wurden. Eine bloße Nichtabführung genügt zur Erfüllung des Tatbestandes nicht.

3. Täter können «alle zur Abführung von Steuern, Abgaben, anderen Abführungen an den Staatshaushalt und Beiträgen zur Sozialversicherung, Verpflichteten sein, aber auch Steuerbefreierte und Mitarbeiter der staatlichen Finanzorgane (vgl. OG-Inf. 1982/5, S. 11).»

Nach Abs. 1 Ziff. 1 sind diejenigen Abführungspflichtiger Täter, die durch vorsätzlich um Täuschung Erklärungen veranlassen oder durch andere Handlungen oder Unterlassung einbewirken, daß Steuern und Abgaben entweder nicht oder zu niedrig von den Finanzorganen festgesetzt werden. Es handelt sich hierbei um Abführungen, die umfangmäßig erst nach Einreichung bestimmter Erklärungen des Pflichtigen festgestellt werden (vgl. OGNJ 1969/2, S. 55). Abs. 1 Ziff. 2 bezieht sich auf Personen, die zur Selbstberechnung und -entrichtung von Steuern und Abgaben verpflichtet sind und ihre Pflichten dadurch verletzen, daß sie die Abführungen vorsätzlich nicht oder zu niedrig erklären oder anmelden und damit den Anschein erwecken, diese richtig zu berechnen und abzuführen. Nach § 1 der VO über die Berechnung von Steuern und Beiträgen zur Sozialpflichtversicherung sowie über die Entrichtung von Abschlagszahlungen — Selbstberechnungs-VO vom 19.1.1961 (GBl. II 1961 Nr. 9 S. 35) sind die Steuer- und Beitragspflichtigen zur Sozialversicherung beauftragt worden, in Jahreserklärungen die Einkommen-, Körperschafts-, Gewerbe- und Umsatzsteuer sowie die Beiträge zur Sozialversicherung selbst zu berechnen und diese entsprechend § 3 dieser VO zu entrichten. Eine grundsätzlich gleiche Regelung gilt für die Verantwortlichen der in § 1 d) der VO über produktionsgebundene

Abgaben und Subventionen — PAVO — vom 1.3.1972 (GBl. II 1972 Nr. 12 S. 137) genannten volkseigenen Betriebe, Genossenschaften, privaten Betriebe und für andere selbständig tätige Bürger.

Absatz 1 Ziff. 3 erfaßt solche Handlungen, bei denen der Täter durch falsche Angaben gegenüber dem Finanzorgan bewirkt, daß bei der Festsetzung oder Erhebung von Steuern, Abgaben, anderen Abführungen an den Staatshaushalt oder Beiträgen zur Sozialpflichtversicherung ihm nicht zustehende Vorteile gewährt oder belassen werden. Es wird auch für die Personen strafrechtliche Verantwortlichkeit begründet, die bei der Festsetzung oder Erhebung von Steuern oder Abgaben tätig sind und bei der Erhebung und Festsetzung von Steuern vorsätzlich rechtswidrige Vorteile gewähren oder belassen.

4. Verursachung eines erheblichen Schadens ist ein Tatbestand, der die Handlung als Straftat kennzeichnet und sie zur Ordnungswidrigkeit (§§ 21, 22 OWVO) abgrenzt. Ob ein solcher entstanden ist, ergibt sich aus der absoluten Höhe der vorerhaltenen Abführungen, dem Zeitraum der Verkürzungshandlungen und anderen objektiven Tatumständen sowie ggf. weitergehenden negativen Auswirkungen. Unter Berücksichtigung dieser Kriterien wird ein erheblicher Schaden in der Regel dann vorliegen, wenn der Verkürzungsbetrag zwischen etwa 10 000,— M und 20 000,— M liegt.

5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit setzt Vorsatz voraus (vgl. OGSt Bd. 11, S. 163). Werden in dem rechtskräftigen Finanzbescheid sowohl „vorsätzliche als auch fahrlässige Verkürzungen nachgefordert, so können die fahrlässig begangenen Verkürzungen nur als Ordnungswidrigkeiten verfolgt werden (§§ 21, 22 OWVO).

6. Für die Prüfung, ob eine **besonders hohe Schadensverursachung** (Abs. 2) vorliegt, gelten prinzipiell die unter Anm. 4 genannten Kriterien. Unter dem Gesichtspunkt seiner absoluten Höhe wird ein solcher in der Regel bei einem Verkürzungs-